

Fragen

für die Fragestunde der 113. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. Juni 2011

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Arndt-Brauer, Ingrid (SPD)	5, 6	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23	Kressl, Nicolette (SPD)	7, 8
Brase, Willi (SPD)	52, 53	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Burchardt, Ulla (SPD)	56, 57	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 75	Malczak, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66
Duin, Garrelt (SPD)	64, 65	Marks, Caren (SPD)	29, 30
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	17	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 51	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Ferner, Elke (SPD)	20, 21	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	50	Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	1, 32	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hagemann, Klaus (SPD)	12, 72	Röspel, René (SPD)	60, 61
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 33	Röbner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	67
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Scheelen, Bernd (SPD)	9, 10
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	16	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	45, 46
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	2, 49
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	73, 74	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	62, 63
Kaczmarek, Oliver (SPD)	54, 55	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69		
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71		
Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	3, 4		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Tack, Kerstin (SPD)	76	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	11, 22	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	14, 15

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	16
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	21

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung des Bundesverbandes der Deutschen Binnenschifffahrt e. V., den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Flusskreuzfahrten zumindest solange aufrechtzuerhalten, bis die Regierungskommission zur Reform der Mehrwertsteuer ihre Arbeit zum Abschluss gebracht hat?

2. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD) Räumt der Bund bei Vermietung, Verpachtung und Verkauf von Liegenschaften gemeinnützigen Vereinen Sonderkonditionen ein, und falls nicht, plant die Bundesregierung eine entsprechende Förderung?

3. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Gibt es Überlegungen oder Pläne, das Zollamt auf Helgoland zu schließen?

4. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Welche Folgen hätte eine Schließung des Zollamtes Helgoland für die Gemeinde Helgoland, für Urlaubsgäste sowie für den Warenverkehr zwischen dem Festland und Helgoland?

5. Abgeordnete
Ingrid Arndt-Brauer
(SPD) Warum hat das Bundeskabinett, obwohl die Schweizer Regierung bereits im Februar 2011 einräumen musste, dass die von ihr seit 2009 vereinbarten Doppelbesteuerungsabkommen dem OECD-Standard für einen effektiven Informationsaustausch in Steuersachen nicht vollständig entsprechen, noch am 4. Mai 2011 den Entwurf eines Vertragsgesetzes zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz beschlossen?

6. Abgeordnete
Ingrid Arndt-Brauer
(SPD) Welche Auswirkungen werden die Feststellungen des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes zur Umsetzung des OECD-Standards für einen effektiven Informationsaustausch in Steuersachen in der Schweiz auf die laufenden Verhandlungen der Bundesregierung mit der Schweizer Regierung über eine Erweiterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Steuerbereich haben?

7. Abgeordnete
**Nicolette
Kressl**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes, dass die Schweiz – entgegen ihrer Zusage im Frühjahr 2009 – den OECD-Standard für einen effektiven Informationsaustausch in Steuersachen in ihren seither vereinbarten Doppelbesteuerungsabkommen nicht vollständig umgesetzt hat (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 31. Mai 2011)?
8. Abgeordnete
**Nicolette
Kressl**
(SPD)
- Wie ist die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, dass das Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland, das der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, am 27. Oktober 2010 unterzeichnete, dem OECD-Standard für einen effektiven Informationsaustausch in Steuersachen entspricht?
9. Abgeordneter
**Bernd
Scheelen**
(SPD)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass das Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland vom 27. Oktober 2010 nicht dem OECD-Standard für einen effektiven Informationsaustausch in Steuersachen entspricht, und welche Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen?
10. Abgeordneter
**Bernd
Scheelen**
(SPD)
- In welcher Hinsicht bleibt das Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland vom 27. Oktober 2010 hinter dem OECD-Standard für einen effektiven Informationsaustausch in Steuersachen zurück?
11. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Welche aktuellen Kenntnisse hat die Bundesregierung zum Flächenbedarf aus der Änderung des Flächenerwerbsänderungsgesetzes für Alteigentümerinnen und Alteigentümer, und wie wird sie sicherstellen, dass zur Befriedigung dieses Flächenbedarfs nicht auf bereits privatisierte oder zur Übertragung an die Länder vorgesehene Flächen zurückgegriffen werden muss?
12. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Welche Änderungen im Kreditvertrag und in der Gläubigervereinbarung sind – unter Angabe der finanziellen Auswirkungen für die KfW Bankengruppe und ggf. den Bundeshaushalt – als Ergebnis des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs

der Eurozone vom 11. März 2011 in Bezug auf Griechenland – anknüpfend an meine Schriftliche Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 17/5322 – nunmehr vorgesehen, und in welchem Umfang haben KfW Bankengruppe und ggf. Bundeshaushalt bislang finanziell z. B. über Zinsgewinne durch günstigere eigene Refinanzierungskosten aus dem Kreditvertrag mit Griechenland profitiert?

13. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung bei der Einführung von Steueranreizen im Bereich Gebäudesanierung eine einkommensunabhängige Ausgestaltung zu gewährleisten, und an welche Voraussetzungen soll diese steuerliche Förderung geknüpft werden?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

14. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Gelten für die nach § 44c Absatz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zu berücksichtigenden Betreuungsrelationen für die Jobcenter bundesweit einheitliche Kriterien, wie der Betreuungsschlüssel errechnet wird bzw. welche Art von Beschäftigten der Jobcenter (Vermittler, Teamleiter, im Eingangsbereich Tätige, Büro der Geschäftsführung usw.) mit welcher Gewichtung zur Ermittlung der Relation zwischen eingesetztem Personal und Leistungsberechtigten berücksichtigt werden, und wie stellen sich diese gegebenenfalls dar?
15. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich derzeit die Betreuungsrelation im SGB-II-Bereich dar, bezogen auf die Gruppe der unter 25-Jährigen, der über 25-Jährigen und die Leistungsgewährung, und wie schätzt die Bundesregierung die Umsetzung der seit Anfang des Jahres nach § 44c Absatz 4 SGB II zu berücksichtigenden Betreuungsrelationen in den Jobcentern ein?

*) Siehe hierzu auch Frage 33.

16. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II grundsätzlich anspruchsberechtigt auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket ist und somit ein durch das Jobcenters Leipzig abgelehnter Antrag einer unter 25-jährigen Bürgerin einer berufsbildenden Schule (Berufsbildungswerk Leipzig) mit der Begründung – es handle sich bei einem gemeinsam mit der polnischen Partnerschule durchgeführten Besuch der KZ-Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau nicht um eine Klassenfahrt, welche aus pädagogisch erzieherischen Gründen durchgeführt wird – nicht rechtmäßig ist, und sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang beim Bildungs- und Teilhabepaket Konkretisierungsbedarf?
17. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren die Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland im Jahr 2010 (bitte differenzieren nach Bundesländern, Ost/West, Geschlecht), und welche rechnerische Quote ergibt sich für die Arbeitslosmeldung nach erfolgreich abgeschlossener dualer Berufsausbildung im Jahr 2010?
18. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich seit Einführung der „kurzen Anwartschaftszeit“ zum 1. August 2009 die Anzahl der gestellten und bewilligten Anträge auf Arbeitslosengeld nach § 123 Absatz 2 SGB III branchenspezifisch entwickelt, und welche Ausgaben sind auf Basis dieser Regelung durch die Bundesagentur für Arbeit bisher getätigt worden?
19. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Monate betrug die Anspruchsdauer bei den jeweils bewilligten Anträgen auf Arbeitslosengeld nach § 123 Absatz 2 SGB III, und wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg der gesetzlichen Regelung der „kurzen Anwartschaftszeit“ vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung der gestellten und bewilligten Anträge und der mit der gesetzlichen Regelung verbundenen Zielsetzung, unstete Erwerbsbiographien besser abzusichern?
20. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Wie lautet die genaue Aufgabenbeschreibung für die Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit der Agentur „re:publik“, und in welcher Höhe werden die zu erbringenden Leistungen vergütet?

21. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Hinblick darauf, dass die Gesellschafterin von „re:publik“, Dominique Döttling, auch als Botschafterin für die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ tätig ist, und sieht sie beispielsweise in der Tatsache, dass diese zeitgleich mit einer Pressekonferenz der Bundeministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, eine Aktion vor dem Gebäude des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Berlin durchgeführt hat, Anlass zu der Vermutung, dass bei der Agentur „re:publik“ eine Interessenkollision gegeben ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

22. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Welchen Anteil hatten Bundes-, Landes- und Drittmittel bei der Finanzierung der Arbeit der Bieneninstitute in den Jahren 2009 und 2010?
23. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb hat die Bundesregierung Medienberichte, die die spanischen Gurken als Hauptverursacher der EHEC-Infektion identifiziert hatten, nicht revidiert bzw. nicht mit dem Verweis auf fehlende Abschlussergebnisse vorerst in Frage gestellt?
24. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb gibt es keine zentrale Stelle in der Bundesregierung, an der alle Informationen zu EHEC zusammenfließen und die die Informationen proaktiv an die Länder, die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Lebensmittelbranche weitergibt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um das koordinierte Krisenmanagement zu verbessern?
25. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum gibt es bis heute (Stand: 1. Juni 2011) von Seiten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) bzw. des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) keine adäquate Kommunikation über EHEC mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern, z. B. in Form einer Telefonhotline, die aktiv

angeboten und beworben wird oder zumindest auf den zentralen Internetseiten des BMELV und des BMG abrufbar ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

26. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Darstellung der Ereignisse in der Nacht zum 18. Mai 2011 in Talokan/Provinz Tachar im nordafghanischen Verantwortungsbereich der Bundeswehr, in deren Verlauf von afghanischen Soldaten und einer US-Spezialeinheit bei einem gezielten Zugriff zwei Frauen sowie zwei Männer getötet wurden, hält die Bundesregierung nunmehr für richtig, nachdem nicht nur der dortige Polizeichef, Schah Dschehan Nuri, sondern auch der afghanische Präsident Hamid Karsai die Auffassung vertreten hat, es seien Zivilisten gewesen, die getötet wurden, und welche Darstellung gibt die Bundesregierung nunmehr von der nachfolgenden Demonstration in Talokan, in deren Verlauf protestierende Demonstranten ein Lager der Bundeswehr angegriffen haben, woraufhin von Bundeswehrsoldaten auf Demonstranten geschossen und einige schwer verletzt sowie möglicherweise getötet wurden?
27. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung nunmehr angesichts der immer mehr Opfer an verletzten und getöteten Menschen zur Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan in den letzten Wochen (über Anzahl der Sicherheitsvorfälle, der Anschläge, der Spezialoperationen, der getöteten Zivilisten, der getöteten afghanischen und ISAF-Soldaten pro Woche), und wie rechtfertigt die Bundesregierung nach dieser Entwicklung und angesichts der vier getöteten deutschen Soldaten innerhalb weniger Tage Äußerungen des Bundesministers der Verteidigung, die Strategie sei richtig, sowie von Bundeswehroffizieren, diese Linie sei unbeirrt fortzuführen gerade auch mit Operationen von Spezialeinheiten, bei denen angebliche Taliban-Anführer getötet werden?
28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Luftoperationen gegen welche Ziele hat die NATO seit dem 31. März 2011 im Rahmen der Operation Unified Protector bis heute in Libyen durchgeführt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

29. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der kritischen Bilanz des „Zweiten Zwischenberichts zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes“ sowie der „Zwischenevaluierung des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013“ vom 18. Mai 2011, wonach der Bedarf nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige die anvisierte Marke von durchschnittlich bundesweit 35 Prozent übersteigen wird und die Ausbaugeschwindigkeit bei der Einrichtung von Krippenplätzen gesteigert werden muss, und beabsichtigt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, einen weiteren Krippengipfel von Bund, Ländern und Kommunen zu initiieren?
30. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Welche Initiativen plant die Bundesregierung für das „Europäische Jahr für aktives Altern und die Solidarität der Generationen“ 2012, bzw. welche Themenschwerpunkte hält die Bundesregierung für dieses Europäische Jahr für sinnvoll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass Antibiotikaresistenzen, unter anderem auch beim gefährlichen EHEC-Erreger, immer weiter zunehmen, und welche konkreten Vorsorgemaßnahmen sollen getroffen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

32. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Umtragestellen für Sportboote an den Schleusen der touristisch stark genutzten Bundeswasserstraße Finowkanal wegen ihrer Höhe nur eingeschränkt und mit Risiken nutzbar sind, und welche Änderungen sind angesichts dieser Tatsache vorgesehen?

33. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur GmbH benötigten Investitionsanreize im Gebäudebereich i. H. v. 5 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen?*)
34. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Teilen will die Bundesregierung das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW Bankengruppe 2012 aus dem Einzelplan für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. dem Energie- und Klimafonds finanzieren, und besteht die Absicht, aus den Mitteln des Energie- und Klimafonds künftig auch die Finanzierung von Investitionszuschüssen zu ermöglichen?
35. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form plant die Bundesregierung eine Verschärfung der Energieeinsparverordnung für den Neubau wie bereits in Meseberg (Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm) angekündigt, und ist geplant, die Anforderung der EU-Gebäude-richtlinie stufenweise zu erfüllen und so bis 2020 einen „Nahe-Nullenergie-Standard“ für den Neubau umzusetzen?
36. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Planungsstand bzw. Umsetzungsstand befinden sich die im Rahmen des Konjunkturpakets II geplanten Grünbrücken (bitte einzeln auflisten), und welche Gründe führen bei den jeweiligen Projekten ggf. zu Verzögerungen?
37. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Grünbrücken, die nicht mit den Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert werden können, sind für welche Zeiträume bzw. Haushaltspläne vorgesehen?

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

38. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen auf die deutschen Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung ergeben sich aus den bisherigen Plänen der Bundesregierung für die sog. Energiewende?
39. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen haben die laut Internationaler Energie Agentur (IEA) stark angestiegenen weltweiten CO₂-Emissionen auf die Politik der Bundesregierung, und welche aktuellen Werte dazu sind der Bundesregierung für Deutschland bekannt?
40. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Mittel für Forschung und Markteinführung erneuerbarer Energien über den Energie- und Klimafonds aufzustoßen oder abzusenken?
41. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Bei welchen Atomkraftwerken sind aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) seit der am 17. Mai 2011 veröffentlichten „ersten“ Stellungnahme (vgl. dort S. 5 oder vgl. „in diesem ersten Schritt“, S. 7) der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) zum sog. Stresstest der Anordnung nach § 19 des Atomgesetzes zur dreimonatigen Betriebseinstellung zugrunde liegende Gefahrenverdacht und alle „begründeten Unsicherheiten“ (Bundestagsdrucksache 17/5268, Nr. 85) vollständig ausgeräumt, und wie bewertet das BMU in diesem Zusammenhang den Umstand, dass viele Aspekte aufgrund der Zeitknappheit von der RSK nicht vollständig bzw. zu Ende geprüft werden konnten oder ungeprüft als erfüllt angenommen wurden (insbesondere bei den sog. Basislevels)?
42. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Bis wann werden das BMU und die Landesatomaufsichtsbehörden nach aktueller Planung dazu Stellung nehmen, inwiefern seit der am 17. Mai 2011 veröffentlichten „ersten“ Stellungnahme der RSK zum sog. Atomkraftwerke-Stresstest der Anordnung nach § 19 des Atomgesetzes zur dreimonatigen Betriebseinstellung zugrunde liegende Gefahrenverdacht und alle „begründeten Unsicherheiten“ (vgl. Bundestagsdrucksache 17/5268, Nr. 85) vollständig

ausgeräumt ist oder nicht, und in welchen Bereichen hätte das Atomkraftwerk Biblis aus Sicht des BMU das Basislevel des RSK-Stresstests nicht erreicht, wenn berücksichtigt worden wäre, dass in Biblis die automatische Auslösung des 100-K-/h-Abfahrens nicht realisiert ist, die schon länger Stand der Technik ist (vgl. Bundestagsdrucksache 17/5808, Nr. 34, bitte mit Angabe, seit wann sie Stand der Technik ist)?

43. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen der acht Atomkraftwerke, die nach den Plänen der Bundesregierung in diesem Jahr abgeschaltet werden sollen, erlaubt die jeweilige Betriebsgenehmigung ein Wiederanfahren ohne vorherige Beantragung bei den oder Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden?
44. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Investitionen in die Atomkraftwerke haben die Betreiber seit Inkrafttreten der Elften Atomgesetz-Novelle getätigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

45. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren die Forschung im Bereich Kernenergie gefördert, und wie viele Mittel hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren für den Rückbau kerntechnischer Anlagen aufgewendet (bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)?
46. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie viele Mittel hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren für die Forschung im Bereich Kernfusion aufgewendet, und wie viele Bundesmittel sind über die europäische Ebene (Forschungsrahmenprogramm/EURATOM) in die Forschung im Bereich Kernfusion geflossen (bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)?

47. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Quellen stammen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Kugeln aus Graphit, die optisch mit den in der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich bzw. im Thorium-Hochtemperatur-Reaktor Hamm-Uentrop verwendeten Brennelementekugeln identisch sind und z. B. mit der Aussage „Es handelt sich um eine Originalkugel, wie sie in den Kugelhaufenreaktor (Atomkraftwerk) Hamm-Uentrop eingefüllt wurden. NICHT RADIOAKTIV, weil nicht im jetzt demontierten Kraftwerk eingefüllt!“ im Internet regelmäßig beim Portal „eBay“ versteigert werden, und wie kann die Bundesregierung ausschließen, dass derartige Kugeln weder radioaktiv noch sonst wie gefährlich sind?
48. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung als Mehrheitsgesellschafterin darüber, dass das Forschungszentrum Jülich, z. B. im Rahmen der Neufestschreibung der projektorientierten Förderung des Energiebereichs für die nächsten fünf Jahre, Transmutationsforschung im Nuklearbereich betreiben will, und welche konkreten Förderanträge plant das Forschungszentrum Jülich, ggf. in Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen/Universitäten nach Erkenntnissen der Bundesregierung diesbezüglich in nächster Zeit zu stellen?
49. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Wie hoch waren bzw. sind die Ausgaben des Bundes für Bildung einerseits und für Forschung und Entwicklung andererseits jährlich von 2002 bis heute?
50. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Onlineumfrage unter Hochschulen, Firmen und Stiftungen der Universität Hildesheim, welche besagen, dass sich Hochschulen und Unternehmen schwertun, das neue Deutschlandstipendium zu akzeptieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

51. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung die im Rahmen des Effizienzfonds (Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung) zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 90 Mio. Euro für die kommenden Jahre aufstocken, und wann ist mit einer Mittelausschüttung des Energieeffizienzfonds zu rechnen?
52. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD)
- Wie viele Mittel hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren für die Forschung im Bereich Erneuerbare Energien aufgewendet (bitte um Aufschlüsselung nach Jahren), und wie viele Mittel wurden in den letzten zehn Jahren für die Forschung im Bereich Carbon Capture and Storage aufgewendet?
53. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD)
- Für wann plant die Bundesregierung die Vorlage des Sechsten Energieforschungsprogramms, und welche Rolle soll die Kernenergie im Rahmen des neuen Energieforschungsprogramms spielen?
54. Abgeordneter
**Oliver
Kaczmarek**
(SPD)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren Forschungsprojekte im Bereich Energienetze gefördert, und plant die Bundesregierung, die Haushaltsmittel für dieses Forschungsfeld aufzustocken?
55. Abgeordneter
**Oliver
Kaczmarek**
(SPD)
- Von welchem zusätzlichem Energiebedarf geht die Bundesregierung im Rahmen der Pläne zur Förderung der Elektromobilität für die Jahre 2020 (Ziel: eine Million Elektrofahrzeuge) und für 2030 (Ziel: sechs Millionen Elektrofahrzeuge) aus?
56. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD)
- Wie viel Prozent der für Forschungsprojekte im Bereich Energiespeicher zur Verfügung gestellten Mittel sind in den letzten vier Jahren abgeflossen, und wie verteilen sich diese Mittel auf die Bereiche thermische, stoffliche und elektrische Speicherung?

57. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte zum Thema Energie/Energiewende gefördert (bitte um Aufschlüsselung nach Jahren), und plant die Bundesregierung, dieses Forschungsfeld zukünftig verstärkt zu fördern?
58. Abgeordnete
**Ingrid
Nestle**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen neben dem Top-Runner-Ansatz will die Bundesregierung im Zuge des Atomausstiegs den Stromverbrauch bis 2020 um 10 Prozent senken?
59. Abgeordnete
**Ingrid
Nestle**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche absoluten Primär-/Endenergieeinsparungen will Deutschland für 2020 vorschlagen, und welchen Beitrag leisten diese zum 20-Prozent-Ziel der EU?
60. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung nach dem Beschluss über den Ausstieg aus der Atomkraft für eine inhaltliche Neuausrichtung des EURATOM-Vertrages einsetzen, und wenn ja, welchen inhaltlichen Schwerpunkt sollte der reformierte Vertrag aus Sicht der Bundesregierung haben?
61. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Ist es nach Ansicht der Bundesregierung rechtlich für Deutschland möglich, aus dem EURATOM-Vertrag auszusteigen, und wenn nein, warum nicht?
62. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Warum spielt der Aspekt „Barrierefreier Tourismus“ in der Verordnung über die Berufsausbildung zum Tourismuskaufmann und zur Tourismuskauffrau vom 19. Mai 2011 (siehe BGBl. I S. 953) keine Rolle, und in welcher Weise hat die Bundesregierung entsprechend Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention den Bundesbehindertenbeauftragten sowie Menschen mit Behinderungen und deren Verbände in die Erarbeitung dieser Verordnung aktiv einbezogen?

63. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
Inwieweit wurden bei der anstehenden Novellierung des Telekommunikationsgesetzes die Probleme von Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen diskutiert und berücksichtigt, und in welcher Weise hat die Bundesregierung entsprechend Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen sowie Menschen mit Behinderungen und deren Verbände in dieses Gesetzgebungsverfahren aktiv einbezogen?
64. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)
Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes zur Entwicklung der Benzpreise ziehen, und wird sie insbesondere, wie entsprechenden Presseberichten zu entnehmen war, gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Marktmacht der Konzerne ergreifen?
65. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)
Wird die Bundesregierung im laufenden Jahr erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland weder Regierungsaufträge für den Marineschiffbau vergeben noch Hermes-Bürgschaften für den Export von Marineschiffen bereitstellen, wie von Banken, Reedereien und Gewerkschaften anlässlich der Maritimen Konferenz in Wilhelmshaven in der letzten Woche kritisiert wurde?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

66. Abgeordnete
Agnes Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Pläne der US-Regierung, die in Deutschland und Europa stationierten substrategischen US-Atomwaffen im Rahmen eines umfassenden Life Extension Program zu modernisieren, und wie reagiert sie auf dieses Vorhaben?
67. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Bleibt die Bundesregierung bei ihrer erklärten Absicht, sich gegenüber den amerikanischen Verbündeten für den Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen einzusetzen, und wenn ja, wie wird sie diese Absicht weiter verfolgen angesichts der Pläne der US-amerikanischen Regierung, die am Standort Büchel positionierten Atomwaffen zu modernisieren?

68. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ändern sich im Rahmen der Atalanta-Mission durch den veränderten Operationsplan und das sog. aktivere Vorgehen gegen Piraten (Brief des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Dr. Wolf-Ruthart Born vom 18. Mai 2011) auch die Einsatzregeln (RoE) der Soldatinnen und Soldaten, und welche Auswirkungen hat dies insbesondere auf die von der Bundeswehr im Rahmen des Atalanta-Mandats vorgehaltenen Kräfte und Fähigkeiten für Geiselnbefreiungsoperationen?
69. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche militärischen Maßnahmen sind vorgesehen, um die Formulierungen im Schreiben des Staatssekretärs Dr. Wolf-Ruthart Born vom 18. Mai 2011 „Immobilisieren von Mutterschiffen“ und „Neutralisierung der Piraterieausrüstung“ innerhalb des neuen Operationsplans in konkrete Aktionen umzusetzen, und welche in demselben Schreiben genannten „Reizstoffe zur Auftragsdurchsetzung“ werden in Erwägung gezogen?
70. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird die Human Rights Support Unit im afghanischen Justizministerium gezielt von Deutschland oder der internationalen Gemeinschaft gefördert?
71. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem finanziellen Ausmaß fördert die Bundesregierung die Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC), und inwieweit unterstützt die Bundesregierung die AIHRC aktiv darin, die jeweiligen Vergaberichtlinien und -vorgaben der betreffenden deutschen Bundesministerien, Ämter oder Durchführungsorganisationen zu erfüllen, damit die AIHRC ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend auch durch Mittel der Bundesregierung gefördert wird?
72. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- In welchem Umfang hat die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf den „arabischen Frühling“ aktuell den Zugang für aktuelle bzw. frühere Regierungsmitglieder zu „ihrem“ Vermögen (jeweils nach Ländern) und Mittel der bilateralen Zusammenarbeit – z. B. aufgrund von Menschenrechtsverletzungen – gesperrt, und wie sollen die Hilfszusagen beim jüngsten G8-Gipfel in Deauville für den demokratischen Aufbruch in Nordafrika bis 2013 – unter Angabe der Instrumente und der deutschen Beteiligung – finanziert werden?

73. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wieso hat sich die Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat gegen ein Mandat für eine UN-Untersuchungskommission zum illegalen Organhandel während des Kosovokrieges ausgesprochen und stattdessen auf einem Mandat für EULEX beharrt, obwohl EULEX kein Mandat für die zwingend erforderlichen Ermittlungen in Albanien außerhalb des Kosovo hat und Zweifel an der Effektivität seines Zeugenschutzprogrammes bestehen bleiben, und wieso setzt sich die Bundesregierung gerade als ehemalige Konflikt- und Kriegspartei im NATO-Angriffskrieg gegen eine unabhängige Untersuchung durch die Vereinten Nationen und für eine Untersuchung durch eine maßgeblich von den militärischen Siegern des Konfliktes geschaffene Institution ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

74. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage bzw. mit welchem Mandat sind deutsche Polizisten im Rahmen der FRONTEX-Operation Poseidon auf bulgarischem Territorium eingesetzt (vgl. www.thebulgariannews.com/view_news.php?id=128635), und welche weiteren Operationen führt FRONTEX momentan durch?
75. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die verbindliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Berechnung und Berücksichtigung des beim Familiennachzug ausländerrechtlich nachzuweisenden Einkommens (sog. Chakroun-Urteil: keine negative Berücksichtigung z. B. von aufstockenden staatlichen Hilfsleistungen, keine pauschale Ablehnung nach festen Einkommensgrenzen ohne individualisierte Begründung, Berücksichtigung des Ziels der Richtlinie, d. h. einer Erleichterung des Familiennachzugs) in der Praxis der Ausländerbehörden und von den Auslandsvertretungen berücksichtigt wird, und welche Anstrengungen unternimmt die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, damit es – wie von ihr in der Vergangenheit für erforderlich gehalten (Bundestagsdrucksache 16/14088, S. 17) – zu entsprechenden klarstellenden Gesetzesänderungen kommt, die die Bundesregierung derzeit noch ablehnt (vgl. Bundestagsdrucksache 17/5732, Antwort zu Frage 19)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

76. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Wann wird die Bundesregierung, wie mehrfach angekündigt, den Entwurf für ein „Gesetz zur sogenannten Button-Lösung“ beschließen und in das parlamentarische Verfahren einbringen?
77. Abgeordneter
**Jerzy
Montag**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung bei einem unmittelbaren Wechsel von ausscheidenden Richterinnen und Richtern bei Gericht hin zu im gleichen Zuständigkeitsbereich tätigen Anwaltskanzleien – was laut Medienberichten häufiger auftritt (vgl. DER SPIEGEL vom 30. Mai 2011: „Bundesgerichtshof: Wertvolle Verstärkung“) – ein Problem für die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz?
78. Abgeordneter
**Jerzy
Montag**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Erwägt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, entsprechende Vorschriften im Deutschen Richtergesetz, Beamtenstatusgesetz oder ähnlichen Gesetzen klarer fassen zu lassen, um entsprechende Vorfälle künftig zu vermeiden?

